

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Verlag Heinrich Jahrendrach, Düsseldorf 100, Tannenstr. 33, Telefon 32423 • Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Luth. Kirchstr. 65, Telefon 4692 • Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— M.

Nummer 3

Crefeld, den 17. Januar 1925

Jahrgang 1925

Zur Frage der Textil-Zölle.

Der Weltkrieg hat die weltwirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands fast vollkommen zerstört. Der sogenannte Friedensvertrag hat diese Folge des Krieges noch erheblich verschärft. Er hat unter Außerachtlassung jeder geographischen und geschichtlichen Entwicklung Wirtschaftsgebiete zerrissen, die aufs engste miteinander verbunden waren. Ferner wurde Deutschland die einseitige Meistbegünstigung aller ehemaligen Feindstaaten auf die Dauer von fünf Jahren aufgezwungen. Das heißt mit anderen Worten, Deutschland muß die durch Zugeständnisse auf anderen Gebieten erkaufte handelspolitischen Vorrechte ohne weiteres allen Siegerstaaten zunächst auf mindestens fünf Jahre gewähren. Mit dem 1. Januar 1925 ist nun diese Zeit abgelaufen. Damit ist die Frage der handelspolitischen Vertragsverhandlungen in den Vordergrund der deutschen Außenpolitik getreten.

Zurzeit finden Verhandlungen mit den bedeutendsten Industriestaaten Europas über den Abschluß neuer Handelsverträge statt. Zwischen Deutschland und England wurde bereits ein neuer Handelsvertrag auf der Grundlage der Meistbegünstigung abgeschlossen. Die Einschränkungen, die seit dem Kriege für Angehörige des Deutschen Reiches in bezug auf ihre Bewegungsfreiheit und Geschäftsführung in England bestanden, wurden aufgehoben. Ueber die 26 prozentige Reparationsabgabe, die bei der Ausfuhr deutscher Waren immer noch erhoben wird, konnte einstweilen noch keine Einigung erzielt werden. Diese wurde späteren Verhandlungen vorbehalten.

Um die Wichtigkeit des deutsch-englischen Warenaustausches zu ermessen, muß man sich vor Augen halten, daß Deutschland vor dem Kriege nach Indien der größte Kunde Englands war. Deutschland nahm 7,75 Prozent seiner Ausfuhr auf: 1913 den Rücktransport hinzugerechnet im Betrag von über 60 Millionen Pfund. England hat aber vor dem Kriege von Deutschland noch mehr gekauft: im Jahre 1913 um 80 Millionen Pfund. Seit dem Kriege ist der Verkehr zwischen Deutschland und England trotz der großen Kohlenlieferungen Englands während des passiven Widerstandes sehr zurückgegangen. Deutschland bezog von England unter Berücksichtigung der seit dem Kriege erfolgten Entwertung des Geldes im Jahre 1922 ein Drittel, in den letzten zwei Jahren ungefähr die Hälfte der Vorkriegsmenge. Es ist damit im Jahre 1924 unter den Kunden Englands an die fünfte Stelle gerückt und folgt jetzt nur mit 4,5 Prozent der englischen Gesamtausfuhr nach Indien, Australien, den Vereinigten Staaten und Frankreich. Noch weniger hat aber England seit dem Waffenstillstand von Deutschland gekauft: 1922 ungefähr ein Viertel, 1923 und 1924 ein Drittel der Vorkriegsmenge.

Ueber den augenblicklichen Stand der Handelsvertragsverhandlungen mit den übrigen Ländern kann noch nichts Bestimmtes mitgeteilt werden. Alle für die Vorbereitungen zu den Verhandlungen und auch für die eigentlichen Verhandlungen selbst in Frage kommenden Stellen hüllen sich in tiefes Schweigen. Aus diesem Grunde ist es auch ganz unmöglich, über die Gestaltung der Textilzölle für die kommende Zeit schon jetzt Andeutungen oder gar bestimmte Angaben zu machen. Soviel ist aber sicher, daß eine Verständigung namentlich über die Tarifierung der Textilzeugnisse zwischen den verhandlungsführenden Ländern sehr schwierig ist. Die Tageszeitungen konnten ja noch kürzlich vor den Feiertagen eine Notiz veröffentlichen des Inhaltes, daß die deutsch-französischen Sachverständigen für Baumwollartikel vorläufig ihre Verhandlungen abgebrochen hätten. In der Notiz wurde die Abreise der deutschen Sachverständigen aus Paris unter anderem auch damit begründet, daß die französischen Sachverständigen Forderungen gestellt hätten, die für die deutsche Industrie unter keinen Umständen tragbar seien. Aus dieser kurzen Notiz ist deutlich zu erkennen, daß dem Abschluß neuer Handelsverträge ausgebeugte und überaus schwierige Verhandlungen vorausgehen.

Die Lage der Textilindustrie.

Das Jahr 1924 war für die deutsche Textilwirtschaft ein Jahr des Kampfes und der schwersten Krisen. Das Jahr begann mit einem verhältnismäßig sehr regen Geschäft. In den ersten drei Monaten herrschte eine Hochkonjunktur, die sich aber leider gar zu bald als eine Scheinkonjunktur offenbarte. Weite Kreise des Handels und auch wohl der Industrie hatten durch die lange Inflationsperiode den klaren Blick für den wirklichen Bedarf verloren und sich bei ihren Dispositionen gar zu sehr von der Scheinhäufung mit fortsetzen lassen. Man glaubte eben, der Warenhunger der Bevölkerung, wie ihn uns die Zeit der Geldentwertung gebracht hatte, würde auch nun in der neuen Zeit der stabilen Währungsverhältnisse gleichermaßen zutage treten, und man beachte dabei nicht, daß dieser Warenhunger mit dem eigentlichen Bedarf gar nichts zu tun hatte und vielmehr nur das allgemeine Mittel zur Erhaltung der Substanz bei Verbrauchern und Zwischenhandel war, es war die Flucht aus der sich ständig weiter entwertenden Mark in bleibende Werte. Mit dem Augenblick aber, da diese Entwertung aufhörte, mußte auch diese übertriebene Nachfrage aufhören. Anfang

Über nicht nur allein zwischen den verhandlungsführenden Ländern, auch innerhalb der deutschen Textilindustrie selbst sind die Interessen so widerstreitend, daß die Unternehmer bestimmter Zweige der Industrie im schärfsten Kampfe gegen diejenigen des anderen Zweiges stehen. So stehen beispielsweise die Vertreter der Weberei und Wirkerei im schärfsten Gegensatz zu den hochschützjöllnerischen Vertretern der Spinnerei, die Konfektion gegenüber den Zollforderungen der Weberei. Verschieden sind die Interessen des Handels und damit auch seine Forderungen in bezug auf den Zollschutz von jenen der Industrie. Die Notwendigkeit einer Erhöhung der Textilzölle wird teils mit der Anpassung der Zölle an die Preissteigerung von 1913 bis heute, teils auch mit der Steigerung der Produktionskosten begründet. Eine andere Richtung — namentlich der Großhandel — will die Zölle nur in dem Maße erhöhen, wie eine Geldentwertung in der ganzen Welt festzustellen ist.

Seit dem Frühjahr 1922 sind für eine ganze Reihe von Tarifpositionen die Zölle nach und nach erheblich erhöht worden. Für viele Textilwaren wird jetzt ein Zoll in zwei-, drei- und vierfacher Höhe der Vorkriegssätze erhoben. Bei einigen feineren Geweben beträgt der jetzt zu entrichtende Zoll sogar das siebenfache des Vertragszolles. Aus dem Inhalt eines Regierungsentwurfes, soweit er durch Veröffentlichungen der Presse bekannt geworden ist, geht hervor, daß zum Teil sehr erhebliche Erhöhungen der Zollsätze für alle Textilwaren vorgesehen sind.

Augenblicklich steht die deutsche Textilindustrie immer noch — wenn auch inzwischen eine Lockerung eingetreten ist — unter dem Schutz von Einfuhrverboten. Bei aller Anerkennung der Nützlichkeit und Notwendigkeit dieser Einfuhrverbote muß doch auf den Umstand hingewiesen werden, daß es gerade auf sie zum guten Teile zurückzuführen sein dürfte, daß auf dem Textilmarkt ein Preisabbau bisher so gut wie gar nicht zu bemerken war. Nur geht ja die Zeit der Einfuhrverbote ihrem Ende entgegen. Da nun ist es schon zu verstehen, wenn die hieran in erster Linie interessierten Kreise versuchen, auf dem Umwege über hohe Schutzzölle auch weiterhin die Vorteile der Einfuhrverbote sich zu sichern.

Wie haben wir uns Textilarbeiter nun und wie haben sich die Arbeiter allgemein zur Frage der Textilzölle zu stellen? Als Konsumenten, als Verbraucher von Textilzeugnissen müßten wir entschieden Gegner jeder Zollpolitik sein, da letzten Endes wie die Steuern, so auch die Zölle von den Konsumenten getragen werden. Als Hersteller, als Erzeuger von Textilwaren dagegen haben wir ein bestimmtes Interesse an allerdings nicht übermäßig hohen Textilzöllen. Man braucht kein besonderer Freund des Systems der Schutzzölle zu sein und kann doch sehr wohl und mit Recht der Ansicht sein, daß bestimmte Industriezweige eines besonderen Zollschutzes bedürfen. Das gilt zum Beispiel für unsere deutsche Seidenindustrie. In diesem Falle ist die Frage des Schutzzolles keine grundsätzliche, wohl aber eine Frage der Zweckmäßigkeit. Lassen wir wirklich schutzbedürftige Industriezweige ohne jedweden Zollschutz, so würde das eine Einschränkung der Arbeitsmöglichkeiten in Deutschland zu Gunsten einer höheren Beschäftigung ausländischer Industrien bedeuten. Wir Arbeiter müßten in diesem Falle unter dem Mangel des Zollschutzes am meisten leiden. Daraus ergibt sich, daß der Zoll nicht nur allein die Rentabilität des Industriekapitals, sondern auch die Beschäftigungsmöglichkeit und das Einkommen der Arbeiter schützen soll. Der Zollschutz darf sich aber nur in mäßigen Grenzen halten. Es darf von uns nicht außer acht gelassen werden, daß die Textilindustrie zu einem sehr großen Teile Exportindustrie ist. Schließen wir uns mittels hoher Schutzzölle vor dem Auslande zu sehr ab, so wird das Ausland Mittel und Wege finden, unseren deutschen Textilzeugnissen die Absatzmöglichkeiten zu erschweren oder ganz unmöglich zu machen. Den größten Schaden hiervon hätten aber nicht zuletzt wiederum die Arbeiter zu tragen.

um dann allmählich ganz zum Stillstand zu kommen. Dann begann die Reinigungsphase, die in den Kreisen des Großhandels all die vielen Dämonen der Inflationszeit zu Fall brachte, die große Zahl der Unternehmungen, die alle mehr oder weniger als Spekulationsgeschäfte auf weitere Geldentwertung gegründet worden waren, und von denen viele sogar ohne jede Sachkenntnis und vor allen Dingen ohne ausreichende Betriebsmittel gegründet worden waren.

Auch die durch die Belastung im Westen des Reiches geschaffenen Verhältnisse müssen für diese Zustände mitverantwortlich gemacht werden. Das „offene Loch im Westen“ und die Zollgrenze zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Deutschland hatten vornehmlich im Westen Verhältnisse geschaffen, die zu einem Zusammenbruch führen mußten. Besonders schwer hatte hierunter die Textilindustrie der besetzten Gebiete zu leiden, und der Wiederaufbau war nur mit großen Opfern und nur ganz allmählich möglich.

Über auch in anderer Beziehung war 1924 für die deutsche Textilwirtschaft ein Jahr des Kampfes. Da war zunächst der Streik um die Lieferungs- und Zahlungsbedingungen. Die Abnehmerseite glaubte mit der Rückkehr stabiler

üblichen Zahlungsbedingungen mit ihrer langfristigen Kreditgewährung wieder beanpruchen zu können, während die Industrie sich durch die Kreditpolitik der Reichsbank verschärften Verhältnissen gegenüber sah und aus diesem Grunde an kurzfristigen Zahlungsbedingungen festhalten zu müssen glaubte. Durch die allmähliche Besserung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage war es erst ganz Ende des Jahres möglich, ein Zahlungsziel von 60 Tagen ab Rechnungstag einzuführen. Auch die allgemeinen Lieferungsbedingungen konnten wesentlich gemildert werden, aber auch heute betrachtet der Einzelhandel diese Milderungen noch als ungenügend. Dann kam der Kampf um die Preise. Die Industrie war in der Inflationszeit dazu gezwungen, das rasende Tempo der fortschreitenden Geldentwertung bei der Kalkulation in Form eines entsprechenden Risikozuschlages zu berücksichtigen, wodurch die Warenpreise übermäßig und auch mehr oder weniger willkürlich in die Höhe getrieben wurden. „Preisabbau“ wurde deshalb zum Schlagwort erhoben, und es wurde wohl oft auch mehr zur Gewohnheit, jedem Angebot ohne vorherige Prüfung ein „zu teuer“ entgegenzusetzen. Die Regierung kündigte wiederholt Maßnahmen an, um auf dem Wege der Herabminderung der öffentlichen Belastung eine Senkung der Warenpreise herbeizuführen. Es zeigte sich dann aber, daß es hier in der Hauptsache bei großen Worten blieb, denn die auf Grund der verfügten Maßnahmen erzielte Minderung der Produktionskosten war so gering, daß sie in den Preisen der fertigen Ware kaum zum Ausdruck kommen konnte und durch Lohnerhöhungen vollständig wieder aufgehoben wurde. Das viele Gerede von der Notwendigkeit des Preisabbaues hatte lediglich eine Unsicherheit in den Markt hereingetragen, die den Wiederaufbau des Geschäftes in der empfindlichsten Weise führte. Das große Problem der Herabminderung der Herstellungskosten war auch am Schlusse des Jahres noch ungeklärt. Daß die deutsche Produktion eine so gewaltige öffentliche Belastung, wie sie in den letzten Jahren bei uns üblich war, nicht zu tragen vermag, darüber sind sich die maßgebenden Kreise alle einig.

Aus „Düsseldorfer Handelszeitung“ v. 23. 12. 1924.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1923.

Das Zentralblatt bringt in der Nr. 23 den Jahresbericht der christlichen Gewerkschaften für das Jahr 1923. Angesichts der anormalen Verhältnisse des Berichtsjahres und der Schwierigkeiten, die seitens der Bewegung überwunden werden mußten, ist er kurz und gedrängt gehalten.

Im allgemeinen Teil werden die Schwierigkeiten kurz skizziert, unter denen die christlichen Gewerkschaften nie überhaupt die gesamte deutsche Gewerkschaftsbewegung im vollsten Maße arbeiten mußte. Es sei nur hingewiesen auf den Kampf um Rhein und Ruhr, den Zusammenbruch unserer Währung, die Auswirkungen dieser Tatsachen auf unser deutsches Wirtschaftsleben, die Schrumpfung der Gewerkschaften durch den mehr oder minder vollständigen Verlust unseres Vermögens infolge der Geldentwertung, die harten Maßnahmen der Reichsregierung zur Stabilisierung und allmählichen Sanierung der Verhältnisse, die einseitigen Machtbestrebungen auf Arbeitgeberseite unter rückwärtsloser Ausnutzung der geschwächten Stellung der Arbeitnehmer usw. Alle diese Umstände mußten naturgemäß auf die äußere Stärke und das innere Leben der Gewerkschaften ungünstig einwirken. Für die christlichen Gewerkschaften erschwerend kam hinzu, daß der Westen Deutschlands vorwiegend Schauplatz der politischen Ereignisse und des wirtschaftlichen Zusammenbruches war, die christlichen Gewerkschaften hier aber 60 Prozent ihrer gesamten Mitgliederbestände hatten. Trotzdem haben sie hinsichtlich ihrer Entwicklung nicht die Rückschläge erlitten wie die sozialistische Gewerkschaftsbewegung.

Die Mitgliederentwicklung wird durch folgende Zahlen veranschaulicht: Ende 1923 waren 808 992 Mitglieder vorhanden gegenüber 1 033 506 am Ende 1922. Das bedeutet einen Mitgliederverlust von 226 514 oder 21,8 Prozent. Nimmt man die Entwicklung der Jahresdurchschnittsmittgliederzahl, so beträgt der Rückgang gegenüber dem Vorjahre nur 108 597 oder 10,5 Prozent. Der Unterschied ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß der Verlust erst im letzten Vierteljahr eintrat. Von den Mitgliederverlusten sind alle Verbände in mehr oder minder hohem Grade betroffen worden. Die Ungunst der wirtschaftlichen Lage und die dadurch hervorgerufene Notzeit für weite Arbeiterkreise führten überall zu einer zahlenmäßigen Schwächung der einzelnen Verbände.

Ein lückenloser Ueberblick über die Kassenverhältnisse läßt sich nicht geben. Einige Verbände haben keine Angaben gemacht mit der an sich nicht unrichtigen Begründung, daß die Zahlen, in Papiermark ausgedrückt, ja doch kein klares Bild ergäben und Vergleiche mit den Vorjahren überhaupt nicht möglich seien. Soweit Angaben gemacht sind, betragen die Einnahmen insgesamt 1 287 110 418 Milliarden Papiermark, die Ausgaben 525 840 612 Milliarden Papiermark und das Gesamtergebnis 933 812 501 Milliarden Papiermark. Wie gesagt, sind diese Zahlen durchaus unvollständig und geben kein klares Bild. Erst recht lassen sie Vergleiche mit den Vorjahren nicht zu.

Eine wirklich fruchtbringende Tätigkeit

für die Belange der Mitglieder kann der Verband nur dann entwickeln, wenn alle Mitglieder unausgesetzt auf die Stärkung ihrer Organisation in jeder Beziehung bedacht sind.

Auch die Uebersicht über Tarifbewegung und Lohnverhältnisse ist lückenhaft und ermöglicht auch keinen stichhaltigen Vergleich mit den Vorjahren. Das hat seinen Grund darin, daß die einzelnen Verbände infolge der rasenden Selbstwertung schließlich Lohnbewegungsverhandlungen in Permanenz führen mußten. Waren die Verhandlungen abgeschlossen, war das Ergebnis derselben vielfach durch die inzwischen eingetretenen weiteren Entwertungen schon überholt und mußten sofort neue Verhandlungen eingeleitet werden. Diese und andere Umstände haben es mit sich gebracht, daß eine lückenlose Statistik nicht möglich ist. Dasselbe gilt bezüglich der Ende 1923 vorhandenen Tarifverträge. Soweit die Aufzeichnungen gemacht und in dem Bericht verarbeitet sind, ergibt sich folgendes Bild:

Tarifverträge und Tarifbewegungen.

Organisationen	Tarifverträge		Von den Kämpfen erhaltene Mitglieder am 31. 12. 1923	Zahlon vertriebene Mitglieder	Wenigst durch Tarifbewegungen	Durch Streiks und Ausperrungen	Durch Tarifverträge
	Vom 1. 1923	Vom 31. 12. 1923					
Banarbeiter	81	83	132910	—	—	—	—
Bergarbeiter	1	1	2508	3	11	—	13
Büchdrucker	—	—	—	—	—	—	—
Fabrikarbeiter	104	94	18240	3158	29	3	25
Gashausangestellte	—	—	—	—	—	—	—
Arbeiter öffentlicher Betriebe	78	84	21916	5098	1111	1	76
Grashüter	14	9	4890	2744	218	4	56
Gesangsangestellte	—	—	—	—	—	—	—
Heimarbeiterinnen	35	33	5511	5511	—	—	—
Holzarbeiter	68	58	28123	1943	6	2	—
Landarbeiter	143	109	—	—	—	4	—
Lehrerarbeiten	52	46	16450	5697	7	—	—
Maler	78	77	2513	5	—	—	—
Metallarbeiter	283	226	216656	17269	8931	141	1670
Nahrungsmittelarb.	401	366	12018	7044	652	9	1508
Schneider	100	97	20668	14495	—	—	—
Tafelarbeiter	21	21	22415	19398	2	—	—
Textilarbeiter	94	81	126950	88936	1212	22	81
	1363	1387	633.67	164480	12921	190	4324

Der Bericht hebt dann hervor, daß infolge der Befallung der Verhältnisse die Gewerkschaften besonders hinsichtlich ihres inneren Aufbaues dort wieder anfangen müßten, wo sie 1914 standen, teilweise sogar noch weiter zurückgehen müßten. Doch könne man nur bedingt von einer Gewerkschaftsbewegung reden, wo es sich noch um eine Krisis handle, die das ganze staatliche, wirtschaftliche, soziale und geistige Leben erfasse und ihre Wurzeln auch in das Gebiet der Gewerkschaftsbewegung hinreichend. Der Höhepunkt der Schwierigkeiten sei für die Gewerkschaftsbewegung überstanden. Mit folgenden Darlegungen wird der Bericht dann abgeschlossen:

Die christlichen Gewerkschaften haben vor kurzem ihr 25-jähriges Bestehen durch eine große Kundgebung des Gesamtverbandes zu Köln gefeiert. Zurzeit rühren sich überall lebhaft die Kräfte im Lande. Neben vielen neuen begeisterten Anhängern sind es die alten treuen Mitglieder, die sich wieder zu starrer aktiver Mitarbeit in der Bewegung zur Verfügung stellen. Das erkennt auch als eine Notwendigkeit. Die Gewerkschaftsbewegung steht vor großen Aufgaben, insbesondere unsere christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung. Im Interesse der Wiedergeburt der deutschen Wirtschaft hat die Ar-

beiterschaft eine starke Belastung auf sich nehmen müssen; eine Belastung, die nicht lange getragen werden kann. Die Arbeitszeit ist gegenwärtig vielfach zu lang, und den hohen Kosten der Lebenshaltung stehen zu niedrige Löhne gegenüber. Wenn auch eine Abnahme der Erwerbslosenziffer wahrscheinlich ist, wird immerhin noch mit einer Arbeitslosigkeit für die Dauer zu rechnen sein, wie wir sie in der Vorkriegszeit nicht kannten. Aus dieser Lage ergibt sich die nächstliegende Aufgabe für die Gewerkschaften. Eine angemessene Verkürzung der Arbeitszeit, unter Zugrundelegung des Achtstundentages als Norm, ist dringlich. Die Hebung des Lohnniveaus in Verbindung mit der Sicherung einer guten Kaufkraft des Lohnes und eine entsprechende Fürsorge für die Erwerbslosen sind nicht minder wichtig. Stellt man das Gesamtbild der Vorkriegszeit mit dem der heutigen Lage der Arbeiterschaft in Vergleich, so ist nicht zu verkennen, daß die Arbeiterschaft auf staatspolitischem, sozialpolitischem, gesellschaftlichem, ferner auch auf dem Gebiete des Rechts der Mitbestimmung in der Wirtschaft einen erheblichen Schritt vorwärts gekommen ist. Das Hineinrücken des Arbeiterstandes in Staat und Wirtschaft kann nur organisch und in jäher und zielbewußter Selbsthilfe sich vollziehen. Es ist notwendig, das Vertrauen auf die Selbsthilfe in den Kreisen der Arbeiterschaft wieder stärker zu wecken. Der irrtige Glaube, der in den vergangenen Jahren so oft anzutreffen war, daß mit politischen Aktionen und mit dem Stimmzettel gleichzeitig auch alle wirtschaftlichen und sozialen Probleme gelöst werden könnten, ist, wie es auch gar nicht anders sein konnte, ins Wanken geraten. Wenn die enttäuschten Arbeitermassen nicht in einen ungesunden Pessimismus zurückzufallen sollen, dann gilt es in erster Linie den Wert der Selbsthilfe und des Vertrauens auf die eigene Kraft bei ihnen zu wecken. Das ist auch eine der ersten Vorbedingungen für die so notwendige sittliche und geistige Hebung nicht nur der Arbeiterschaft, sondern des ganzen deutschen Volkes. Gerade auf diesem Gebiete fällt der christlichen Gewerkschaftsbewegung, die das Heil nicht allein von äußeren Formen erwartet, sondern von der geistigen Erneuerung, eine große Aufgabe zu.

Wir können die Schlussfolgerungen nur voll unterstreichen. Es besteht gar keine Veranlassung, den Glauben an die Macht und Stärke der gewerkschaftlichen Organisation zu verlieren. Groß ist andererseits das Aufgabengebiet der Zukunft. Auf unsere christliche Gewerkschaftsbewegung kommt es entscheidend an, ob die Aufgaben so erfüllt werden, wie es im Interesse des deutschen Arbeiterstandes gelegen ist. Auch unser Verband hat hier seinen Teil Arbeit zu leisten. Stärken wir ihn, und wir stärken damit auch die Gesamtbewegung. Zum Wohle des Arbeiterstandes, zum Segen für Volk und Vaterland.

Betriebsräte-Konferenz des Deutschen Textilarbeiterverbandes.

Mitte Dezember 1924 fand in Götting ein Reichsbetriebsrätekonferenz des Deutschen Textilarbeiterverbandes statt. Daran nahmen 405 Delegierte, darunter 43 weibliche, teil. Die Konferenz war ganz der sachlichen Arbeit gewidmet. Die Betriebsräte folgten mit großer Aufmerksamkeit den durchweg sehr schwierigen Referaten. Ueber diese berichtet die „Gewerkschaftszeitung“, das Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, in der Nr. 52:

Der erste Referent Woldt sprach über „Die technische Organisation textilindustrieller Großbetriebe“. Mangel eigener unmittelbarer praktischer Erfahrungen auf diesem Gebiete be-

schränkte sich der Referent zu sehr auf allgemeine Darstellungen, welche in dieser Form nichts Positives enthielten. Der zweite Referent, Betriebsdirektor Sonntag, war zwar Fachmann. Er sprach über „Die kaufmännische Führung textilindustrieller Großbetriebe“. Jedoch fehlte diesem Referenten jedes pädagogische Geschick, er sagte stichwortartig unzählige Begriffe her, welche erst durch Einzelbeispiele in einem Kursus Leben gewinnen könnten. Außerdem benutzte der Referent programmwidrig den ersten Teil seines Vortrages, seine rein kapitalistische Einstellung in schröffer Form vorzutragen und stellte damit der Disziplin der Versammlung ein sehr gutes Zeugnis aus. Erst der dritte Referent war auf der Höhe seines Themas. Es war dies Diplomhandelslehrer Koske, welcher über „Der Betriebsrat als Mitglied im Aufsichtsrat“ sprach. Unter Beachtung der Grenzen, die sich aus diesem Recht der Arbeiter ergeben, stellte sich der Referent die Aufgabe, nachzuweisen, daß gründliches Wissen auch auf diesem Gebiete dem Kapitalismus Anerkennung abzwingt. Die Betriebsräte im Aufsichtsrat können sich dadurch nach und nach durchsetzen. Es sei möglich, im Aufsichtsrat Lohnbewegungen und Streiks zur Sprache zu bringen. Die Aufsichtsräte müßten auch zu der Aufwertung der Wohlfahrteinrichtungen Stellung nehmen, denn mit den jetzt vollkommen entwerteten Kapitalien dieser Wohlfahrteinrichtungen habe das Unternehmen vollwertig gearbeitet. Gegen die jetzt nicht mehr gerechtfertigte Lohneinkaufhaltung könne im Aufsichtsrat Stellung genommen werden. Auch grundsätzlich müsse im Aufsichtsrat über die Wohlfahrteinrichtungen gesprochen werden, denn die hierfür verwandten Gelder seien eine Steuer auf die letzten Verbraucher oder werden an Lohn zu wenig gezahlt. Die Verbesserung der Volksschulbildung sei nötig, damit die Arbeiter ihre Aufgaben erfüllen können.

Das Vorstandsmitglied Schulze sprach über „Die Tätigkeit der Betriebsräte in der Textilindustrie“ und gab einen Ueberblick über gemachte Erfahrungen und über die Fehler, welche bei Ausübung ihrer Tätigkeit den Betriebsräten unterlaufen. Viele zustimmende Zurufe aus der Versammlung bezeugten die Richtigkeit seiner Ausführungen. Der nächste Referent Flatow gab einen erschöpfenden Ueberblick über das ganze Betriebsrätegesetz. Trotz der Höhe der Referate der vorgenannten Redner gelang es dem Leipziger Betriebsratsvorsitzenden Richter, sie alle mit seinem Referat „Die Stellung der Betriebsräte im Textilarbeiterverband“ zu übertreffen. Lautlos lauschte die Versammlung seinen Ausführungen. Es war staunenswert, wie dieser einfache Mann aus dem Volke sich mit Klugheit, Ausdauer und sicherem Blick in seine Aufgaben eingearbeitet hatte. Es gab nichts, was in dem Referat nicht berührt wurde. Der Verband will dasselbe drucken lassen, und es wird sehr vielen eine Quelle des Wissens werden. Kollege Richter hat bemerkt, daß die Betriebsräte ihre Aufgabe lösen können, trotz der Behinderung durch die Unternehmer und trotz dem Unverständnis vieler Belegschaften.

Die Konferenz nahm Entschlüsse an für die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechtes, für die Schulung der Betriebsräte durch den Staat, gegen-Industrie- und Agrarzölle und eine Entschlebung des Verbandsvorsitzenden Jäckel, daß dieser Konferenz baldigt weitere folgen sollen, um die Betriebsräte zur Ausübung ihrer Befugnisse immer besser zu befähigen. Der Deutsche Textilarbeiterverband und die deutsche Arbeiterbewegung überhaupt können mit dem Ergebnis dieser Konferenz zufrieden sein.

In einer allgemeinen Würdigung der Tagung hebt „Der Textilarbeiter“, Berlin, hervor, daß durch die Konferenz der Gesamteinrichtung der Betriebsräte neue vorwärtstreibende

Die Weberstadt.

Von Dr. Max Weber (Köln).

Wohin Heinrich Heine nennt in seinem gebensreichen Wanderbuch Goch ein ähnliches Zentrum der Wolleweberei zwölften Klaos und Rhein wie heutzutage Kreisfeld für die Weberei in Samt und Seide.

H. Bergmann, der unermüdbare Lokalforscher, gibt in seiner Geschichte des Gocher Wollens ein anschauliches Bild dieser Industrie, die aus dem Lande zwischen Rhein und Heide, der Heimat des Friedstundes stammend, — für das Gelderland vorbildlich wurde und das ansländliche Tuch, das damals mojan, schon im 14. Jahrhundert im Welthandel berühmt war. Zwölften Klaos und Riers dehnen sich in beide noch die für die Schaffung unermüdblichen Heiden aus, von denen die Gocher Heide die bestkante und größte war.

Das 14. Jahrhundert liegt das, was das 13. vorbereitete hatte (schon 1294 ist ein Rodolf terter Schöffe), zur herrlichen Reife gebracht. Da behut sich durch die Gunst Herzog Eduards von Geldern, der gerne in seiner Stadt und in seinem neuen Schloß wohnt, das Wollensamt wach zu sein, damit auf dem Marke eine neue Lackenballe, wo es strengte Weber über das große weiße, grüne und blaue Tuch seiner Weber hält, erlangt den wertvollen Privilegienbrief, eine Woll-Gewand- und Farbstoffe (1370), hat er Klaos und Riers, in Gocher und Vismagen, Zollfreiheit, läßt sich das Unmaß seiner Handlung einnehmen, wie Geldern, Seals und Rotterdam, durch Lowbarden vermittelt (fri 1333), unterhält in Frankfurt einen mit dem höchsten Wollensamt gedruckten Wollensamt.

Ja, es wird auch nicht Glimmer seiner Landesherren. 1000 Weber, Maler, Scherer und Farber gehen in der 200 Gansjahr zählenden kleinen Stadt ihren Hauptberufe nach und liefern 150 500 Stück Tuch. In ihren Händen liegt das Stadtrund, das sie nicht wie anderswo zu erwerb brauchen; Mitglieder des Wollensamtes sind Bürgermeister, Schöffen und Kirchweihen der Stadt.

Von den Bauern haben sie ihre eigenen Röhren mit Blei, 4 B. an Reihen, wo die Garben, die zu ihre Stelle treuen, noch jetzt „in den Räumen“ liegen. Ja, in Goch gab es, wie Bergmann treffend sagt, „schwere Jahrhunderte hinweg keine Straße, die nicht Wollensamt, Seide, Wolle, Scher, Farber und andere bei der Tuchweberung beschäftigte Arbeiter gewohnt hätten, nicht wackere Hofmann oder Bischöffe bei den Häusern, auf welchem kein Tuchwaren angelehnt gewesen wäre, es war mit einem Worte eine Weberstadt.“

Da setzen sie denn hinter ihrem Schloß, diese schmerzlichen Sanderer und hatten von frühen Morgen an einen ganzen langen Arbeitsstag zur Betrachtung der tündigen, aber auch bei letzten Dinge vor sich.

Sein Wunder, daß hier am höchsten die alte Wollens-Sammlung der Weber von gewöhnlichen Leuten Sonntage (1200), daß hier der Wollensamt geboren wurde, der noch und ständig war mit Tausen von Seiden, aber auch keine Ober-

gegen die Mitharünde der Kirche seiner Zeit: Johannes von Goch, der wie der Kempener weit über die Grenzen der Heimat wirken sollte. Hier fanden aber auch jene unsterblichen Widerkämpfer Schür (1547), die nicht weniger als die Seidenweberei Kriege des 15. Jahrhunderts und die Einführung des englischen Tuches Ursache des Niederganges der Tuchfabrikation, „der Nachrang der Stadt“, wurden.

Hatte das Wollensamt 1475, zwei Jahre nach Einführung der Kleinfleinen Weberei, die sich übrigens durch ein „Zwings-Goch“ in der trostigen Stadt festigen mußte, noch 3000 Stück Tuch zu Marke gebracht; 1530 brachte die Gewandabgabe nur zehn, 1595 nur einen rheinischen Gulden. Religiöse Unzulänglichkeiten hatte den größten Teil der Weber nach Haarlem vertrieben. Zwar arbeitete sich in der Leinwandweberei der Jahre Gocher Fleiß wieder empor, auf 100 Stück die Mitgliederzahl der Feinwandweberei, und ihr Fabrikat fand nach Bergmann nicht weniger im Range als die schänen Flechten bei der Stadt; 1595 brachte die Feinwandabgabe 20 rh. G. die Bleichabgabe 18 rh. G. ein, aber der dreißigjährige Krieg und Ludwigs XVI. Holländerkrieg vernichteten auch diese Restblüte und zwang einen großen Teil des unermüdblichen Völkchens, ebenfalls nach Haarlem auszuwandern. Auch seinen jähermündigen Manerriag verlor Goch damals mit seines Handels Blüte. Im 18. Jahrhundert war der letzte, verblühende Glanz seines Webertums dahin. Wenn aber der Volksmund die Gocher heute noch spottend Weber und Spulländer und ihren Pfarrer den Weberpfarrer nennt, so beweist das, wie jäh sie das Andenken an jene stolze und glückliche Zeit erhalten hat. Für das Volk ist Goch immer noch die Weberstadt geblieben.

Diese Zeit, das Goch des 14. und 15. Jahrhunderts, muß man vor Augen haben, wenn man, von Klevo kommend, über die Klevoreksee fährt und nun mit einem Male vor dem gewaltigen Denkmal dieser Größe, dem Seintore, steht. Es ist das einzige, das sich von den vier mächtigen Türmen des 14. Jahrhunderts, mit denen Herzog Eduard seine fast sich vertigen ließ, der Boppport, die nach der Boppsee führte, dem Frauenlar (de 1. B. vom port) und dem Wülker or (Muelenport), wo der Stadt Wollensamt lag, als noch vorher ein einziges Freiheit erhalten hat. Der auch der trostige Hundtara „Zwings-Goch“, wenn der Klevoherzog die ihm von dem Burgunder ererbte Stadt, Meßen künftigen Besitz, auf ewig zu sichern gedachte, in der französischen Zeitströmung zum Opfer gefallen.

Wichtig, mit breiter Brust kommt das Seintor (1372) heute und dem Wobderer, der von der Gocher Heide in die Stadt zöll, seine mächtige Aufseherin entgegen. Wie es sich treuen Landesherrn gegen, nehmen zwei gewaltige, durch Fenster kann keine Hindernisse des ehemaligen Tor, ein langgestrecktes Rechteck, in ihre Mitte und begleitet seinen stolzen Aufstieg bis zu dem höchsten Punkt der Stadt, der sich als glänzender und schiefes Band um Wülker und Seintor schlängelt.

Was das Kempener Rührt durch seine Kühne Höhe, das Kantenner Klevor Tor durch seine harmonische Gliederung das Auge entzücken, hier wird und fesselt bei aller Schmucklosigkeit — der Mittelbau ist nur durch einen auf weitem Hauptein vorgekrägten Gußkerker und die Wappenbilder (St. Georg umfassen dem preußischen Adler und der Gocher Wappelnblüte) belebt — die breite Mauer, und erweckt, denn auch das Zwings-Goch des Klevors sank dahin, noch immer den Eindruck stolzer Unbezwinglichkeit. Und zuletzt schwingen sich seine im Schieferstuhm der jähmündigen Pyramidenbühnen küßig über die niederen Häuschen der Umgebung empor. Und dann schreitet man, begierig, was erst das Innere einer Stadt bieten wird, die solche Tore und solche eine Vergangenheit hatte, durch die hallende Durchfahrt dem Marke zu.

Wenn es wahr ist, daß der Markt die Seele einer Stadt ist, so gibt das gewiß für ein solches Gemeinwesen, wie Goch es im 14. und 15. Jahrhundert war. Hier stand schon vor Herzog Eduards Zeiten die Lackenballe, das Gewandhaus, in dem das Wollensamt „die Nahrung der Stadt“, das große, aber unvergleichbare Gocher Tuch, ausstellte und strengte Schau hielt. Hier reihte sich der Kreuz gotischer Treppengiebel, einer schöner, stolzer, eigenartiger als der andere, die behaglichen Heimstätten reicher Werkmeister des Wollensamtes, darunter das Junfhaus, wo an St. Seeritag das Amt unter Trommel- und Pfeifenklang seine Zehrung veranstaltete.

Wehmüt ergrift einen, wenn man jetzt auf dem weiten Plage steht und die Verflachung und Verödung des 18. und 19. Jahrhunderts sieht, mitten darin die auffällig restaurierte Stockfassade der Reformierten Kirche (1669). Man muß an Kalkar denken, um das alte Bild zurückzufinden. Nur wenig alte Giebel haben die Erinnerung der Stadt und die zahlreichen Brände, Kriegenot und Niedergang überstanden, und das niedrige Gesicht hat es gefügt, daß es gerade die ärmsten und einfachsten sind. Nur ein Kleinod, spätgotischer Projankunft hat sich erhalten, dessen Anblick uns ein Bild gibt von dem, was verloren ist, das Haus zu den fünf Ringen. Die achtsseitigen Ecktürme, an dem Großbauten des Niedertheins, dem Kalkarer Rathaus, dem Gocher Stein, dem Kempener Kuhor nur Juwat, wenn auch eine von seinem Reich, hier als Ersatzlichen der schmaleren Giebel, ent, werden sie Hauptbestandteil; auf ihnen baut sich leicht und sicher das Treppennetz des Giebels auf.

Und deshalb hat der Baumeister der Spätgotik an ihnen auch des Hauses reichsten Schmuck einfaßt. Auf nasendestgen Spitzbogen ruhen sie lustig und leicht; Spitzbogenenden beleben ihre Seitenflächen, und im Ringe der Zinnen steht das Schieferstürmchen wie in einem zierlichen Kranz. Spitzbogenfenster gliedern ebendam sein und organisch die leuchende Backsteinfront, die unsere Zeit durch breite, moderne Fenster läppisch zerrissen hat. Aber immer noch bietet das Haus zu den fünf Ringen, besonders, wenn es wie heute voll in der Sonne liegt, von dem Grün seiner Hauslinden verhäßt, einen schönen Anblick und erinnert an die glückliche Zeit, wo der Ruhbau einer Stadt stets ein Knäpchen war.

Eine Vermehrung der Kampfmittel

unseres Verbandes muß die feste Sorge aller Mitglieder sein. Was die Mitglieder am Beitrag zu sparen gedenken, müssen sie nach schweren Kampfzeiten an Lohn u. Arbeitszeit einbüßen.

Impulse zugeflossen seien. Mit Bestimmtheit sei anzunehmen, daß sich auf dem Gebiete der Textilindustrie bald eine neue Lebendigkeit der betrieblichen Tätigkeit äußern würde. Inwiefern auch die übrigen Gewerkschaften mit einer ähnlichen Erziehungsarbeit an ihren Betriebsräten einsehen werden, ist allerdings nicht vorherzusagen; würde sie überall in gleicher Weise in Angriff genommen, so dürfte man hoffen, daß dem Zerfall der Zerbröckelung des Betriebsrätesens bald Einhalt getan wäre und daß innerhalb der Betriebe selbst dem Ansturm der sozialen Reaktion gewaltige Dämme entgegengefeuert sein würden. So der „Textilarbeiter“.

Es ist ihm darin vollkommen zuzustimmen, daß alle Gewerkschaften das größte Interesse daran haben, daß systematische Erziehungsarbeit der Betriebsräte geleistet werden muß. Was unser Verband anbetrifft, so hat gerade er von dem Bestehen des Betriebsrätegesetzes an bis jetzt dem Betriebsrätewesen die allergrößte Beachtung und Bedeutung geschenkt. Seit der Verbandsgeneralversammlung im Jahre 1921 zu Münster hat unser Verband eine vorbildliche Betriebsräteorganisation innerhalb des Verbandes. Diese muß allerdings noch in allen Bezirken und Gruppen vollkommener ausgebaut werden. Zur Schulung der Betriebsratsmitglieder finden unangesehnt besondere Lehrgänge statt. Insofern das möglich ist, werden wiederholt im Jahre auch Lehrgänge für Betriebsrätelehrer abgehalten. Der Gedanke der Betriebsräteorganisation wird von unserm Verbande stets lebendig gehalten. Würden alle Arbeiterverbände auf diesem Gebiete auch so rührig gewesen sein als wir unser Verband, dann stände es heute um die Sache der Betriebsräte in Wirklichkeit viel besser.

Gegen die schematische Lohnpolitik.

In den von den Arbeitgebern beeinflussten Zeitungen kehrt regelmäßig der Vorwurf wieder, die staatlichen Schlichter betrieben eine schematische Lohnpolitik. Gegen diesen Vorwurf wendet sich in bemerkenswerten Ausführungen („Kölnische Zeitung“ vom 26. November 1924) der Reichs- und Staatskommissar in Dortmund als Schlichter für Westfalen.

Als es nach der Aufgabe des passiven Widerstandes galt, der Wirtschaft die Möglichkeit des Arbeitens wiederzugeben, sind die Löhne auf einen Stand gebracht worden, der weit hinter Friedensverhältnissen zurückblieb und von dem von vornherein feststand, daß er auf die Dauer nicht zu halten war. Dieser Lohnstand konnte seinerzeit durch die ungewisse Lage der Wirtschaft gerechtfertigt werden. Inzwischen aber hat sich doch deutlich gezeigt, daß die geringe Kaufkraft des inneren Marktes wirtschaftlich auch ihre großen Bedenken hat. Organisationen des Handels und des Kleinhandels haben sich sehr entschieden gegen diesen Zustand ausgesprochen. Eine weitere Herabsetzung der Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung muß aber auch als sozialpolitisch unerträglich bezeichnet werden. Untersuchungen über den Gesundheitszustand, besonders des Nachwuchses, haben zu Ergebnissen geführt, die die stärksten Besorgnisse für die Zukunft rechtfertigen. Und schließlich ist doch die lebendige Arbeitskraft nicht der unwesentlichste Grundpfeiler unserer Wirtschaft. Ein Ausgleich der Löhne in Beziehung zur Leistung war daher gar nicht zu umgehen.

Die Schlichtungsbehörden haben daran nur ein bescheidenes Verdienst. Wenn die Kritiker einen Gesamtüberblick über die Lohnentwicklung in einem größeren Gebiet hätten, so würden sie wissen, daß gerade die gegenwärtige Steigerung ausgegangen ist von freiwilligen Vereinbarungen, die in den verschiedensten Gewerben zustande gekommen sind. Dabei handelte es sich selten um solche Gewerbe, die etwa in einer besonders guten Konjunktur standen. Was aber in freier Verständigung für zweckmäßig und möglich gehalten wurde,

kann als Vorschlag einer Schlichtungsbehörde unmöglich als unzureichend und untragbar hingestellt werden. Man wird rasch entgegennehmen, daß sich in dieser Auffassung gerade die „schematische staatliche Lohnpolitik“ offenbart. Dieser Einwand wäre nur dann zutreffend, wenn die Schlichtungsbehörden die freien Vereinbarungen nach der Schablone auf andere weniger leistungsfähige Gewerbe und Industrien übertragen. Davon kann aber gar keine Rede sein. Ein schlechter Schlichter, der neben den sozialen nicht auch die wirtschaftlichen Verhältnisse in jedem Einzelfall berücksichtigt. Tatsächlich ist der gegenwärtige Lohnausgleich in ganz verschiedenem Ausmaß erfolgt, weil sich jeweils eben auch verschiedene Gesichtspunkte ergaben.

Im großen und ganzen ist die Lage der Industrie noch wenig erfreulich. Es läßt sich daher nicht verkennen, daß jeder Pfennig Lohnerhöhung von ihr drückend empfunden werden muß, zumal sie nur durch Verbilligung der Preise größeren Absatz erringen kann. Aber es entsteht doch auch die Frage, ob Absatzmärkte dauernd gehalten werden können, die nur mit einem niedrigen Lohnstand zu gewinnen waren. Ueber kurz oder lang ist ein Rückschlag unvermeidlich, sobald die Anpassung der Löhne an die Kaufkraft nicht mehr verhindert werden kann. Außerdem besteht aber bei einem solchen Zustande auch die Gefahr sich wiederholender Arbeitskämpfe, die zu vermeiden gerade im Nutzen eines sicheren Absatzes liegt.

Aber ist es denn wirklich ein erstrebenswerter Zustand, wenn in Zeiten schlechter Geschäfte oder als Kampfmaßnahme die Arbeitgeber die Nachfrage droffeln und damit das Angebot an Arbeitskräften vervielfachen, um die Löhne zu drücken (oder die Tarifverträge niedrig zu halten), und die Gewerkschaften entsprechend erwidern, sobald sie die Zeit dafür günstig halten? Zählen die durch solche Kämpfe verlorenen Millionen Arbeitstage nicht auf der Passivseite der Volkswirtschaft? Das Schlichtungsweesen müßte jeden Sinn verlieren, wenn es sich nur von Augenblickserwägungen leiten ließe und nicht eine Lohnpolitik auf lange Sicht zu begründen suchte. Der Ausgleich, den es zwischen widerstreitenden Interessen schaffen soll, ist in seinem Umfange leider nur sehr schwer zu bestimmen. Es wäre anmaßend, zu behaupten, daß jeder Vorschlag bis zum Tüpfelchen über dem i alle fahbaren und unfahbaren Maßstäbe berücksichtigt. Die Schlichtungsbehörden müssen leider häufig die Wahrnehmung machen, daß die Parteien in den Verhandlungen zu ihren Gunsten sehr erheblich übertrieben. Oft mögen sie auch die Richtung und das Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung selbst falsch einschätzen. Aber die Schlichtungsbehörde kann keinen Wahrheitsbeweis fordern, sie ist angewiesen auf ihre Kenntnis der Dinge, auf ihre eigenen Erfahrungen.

Die Angriffe gegen die Schlichtungsbehörden richten sich meistens gegen den Vorsitzenden im einzelnen Fall. Daher ist aber häufig zu verzeichnen, daß er selbst überstimmt wird. Wie oft erlebt man nicht, daß die Parteien über die zu treffende Regelung völlig einig sind, es aber nicht wagen, dafür gegen ihre Auftraggeber die Verantwortung zu übernehmen. Man geht also einfach zum Schlichter, der nach den schriftlichen Eingaben glaubt, vor einer schwierigen Streitigkeit zu stehen, dann aber in der Verhandlung sein blaues Wunder erlebt. Ist er gutmütig genug, den Parteien die Verantwortung abzunehmen, dann hegelt es wieder Angriffe auf das „staatliche Lohnreglementierungssystem“.

Die Schlichtungsbehörden können immer nur mit den Verhältnissen rechnen, wie sie im Augenblick der Verhandlung gegeben sind. Sie haben keinen Einfluß auf eine Senkung der Preise, sie können auch nicht die verschiedenen wirt-

schafflichen Erhöhrnisse der Erzeugung beseitigen. Da nun eine Erhöhung der Löhne die einzige Möglichkeit ist, die Preisverteuerung auszugleichen, so ist in diesem Zusammenhang jede Erörterung darüber müßig, inwiefern eine Lohnerhöhung wirklich dem Arbeiter zum Vorteil gereicht; insbesondere aber auch darüber, ob die Lohnerhöhung nicht wieder zu einer Preiserhöhung führt. Jedenfalls kann festgestellt werden, daß in den heutigen Preisen im Verhältnis zum Friebe der Lohnanteil weit geringer ist, und daß in diesen Preisen Kosten stecken, die nicht nur eine Ermäßigung erfahren können, sondern auch erfahren müssen. Es kommt noch hinzu, daß das Verhältnis zwischen den unproduktiven Elementen und den produktiven Kräften in unserem Volke durchaus ungesund ist, und daß es bisher nicht möglich war, hierin eine Besserung einzutreten zu lassen. Es geht unmöglich an, darunter alle jene leiden zu lassen, die auf die Arbeit ihres Kopfes oder ihrer Hände angewiesen sind.

Die soziale Belastung der deutschen Wirtschaft.

Von Arbeitgeberseite werden andauernd Nachrichten verbreitet, die darauf abgestellt sind, die Unhaltbarkeit der Belastung der deutschen Wirtschaft durch soziale Abgaben (Beiträge zur Sozialversicherung usw.) darzutun. Erfreulicherweise wendet sich nunmehr auch das „Reichsarbeitsblatt“ in seiner ersten Novembernummer gegen diese Tendenzmeldungen. An Hand einwandfreier Nachweise wird dargelegt, daß es gar nicht so ist, wie die Arbeitgeberpresse behauptet, und die Belastung der deutschen Wirtschaft mit Soziallasten nur ein Drittel der fälschlicherweise angegebenen Summe beträgt. Das „Reichsarbeitsblatt“ schreibt u. a.:

Neben den die deutsche Wirtschaft schwer benachteiligenden Umständen, wie z. B. die Belastung durch Steuern, Frachten, Kapitalmangel, Ausfuhrhemmungen, alle Auswirkungen des Dawesplanes, ist die Bedingtheit der Sozialpolitik durchaus anzuerkennen. Doch ist diese Bedingtheit eine gegenseitige, denn die Sozialpolitik sorgt für die Erhaltung der Arbeitskraft, des unentbehrlichen Produktionsfaktors in Zeiten der Not. Würden Sozialversicherung und Erwerbslosenfürsorge fehlen, müßten eigene Vorkehrungen der Arbeitnehmer an ihre Stelle treten, so würde das zu erheblichen Lohnsteigerungen und zu Lohnkämpfen führen, die auch der Wirtschaft nicht erwünscht sein können. So ist der sozialpolitische Aufwand im Grunde genommen ein Aufwand der Wirtschaft für sich selbst. Innerhalb der Sozialversicherung hat sich der Aufwand für die einzelnen Versicherungszweige im Vergleich mit der Vorkriegszeit verschieden entwickelt, aber nirgends auch nur annähernd das Ausmaß erreicht, das in der Öffentlichkeit vielfach behauptet wird.

Die Unfallversicherung insbesondere mit ihren jetzt 24 Millionen Versicherten hatte für Renten, Krankenbehandlung, Ersatzleistungen usw. im Jahre 1913 eine Entschädigungslast von rund 150 Millionen Mark zu tragen. Dank wirksamerem Unfallschutz und erfolgreicher Heilbehandlung ist die Zahl der Unfallanzeigen und Rentenbescheide gefallen. Darüber hinaus hat aber in der Rentenbemessung äußerste Sparsamkeit, die allerdings manche auf die Dauer nicht tragbare Härten mit sich gebracht hat, dafür gesorgt, daß im Jahre 1924 die Entschädigungslast erheblich geringer sein wird als 1913. Sie wird nämlich nur etwa 100 Millionen Reichsmark betragen.

Die Angestelltenversicherung hatte im Jahre 1913 138 Millionen Mark und im Jahre 1917 schon 169 Millionen Mark aufgebracht. Trotz Vermehrung der Versichertenzahl, die sich aus der klareren Abgrenzung gegenüber der Invalidenversicherung und aus dem Schwinden großer Teile des wirtschaftlich selbständigen Mittelstandes ergab, sind auch für die Angestelltenversicherung die Lasten jetzt niedriger geworden. Sie werden für das Jahr 1924 rund 110 Millionen Reichsmark betragen. Gegenüber einer Beitragslast in den höheren Gehaltsklassen von 7 Prozent vor dem Kriege ist der Beitragsatz jetzt auf 4 Prozent und stellenweise noch tiefer herabgesetzt.

In der Invalidenversicherung hat sich infolge Aufnahme der Witwen und Waisen aus dem Kriege, durch Bewilligung der Invalidenrente an 65 jährige Arbeiter usw. die Zahl der Rentenempfänger beträchtlich vermehrt. Auch mußten die früher allzu niedrigen Bezüge der Witwen und Waisen aufgebessert werden. Die Schwierigkeiten der Deckung wurden durch organisatorische Maßnahmen — Umlageverfahren, Lastenausgleich im Reichsbetrieb usw. — überwunden. So kann die Invalidenversicherung mit einer mäßigen Mehrbelastung der Wirtschaft ihr Auskommen finden. In den unteren Lohnklassen ist die Belastung stellenweise sogar geringer als vor dem Kriege, und nur bei den mittleren und oberen höher. Insgesamt ist für 1924 mit einer Beitragslast von 330 Millionen Reichsmark — gegenüber 290 Millionen im Jahre 1913 — zu rechnen. Dabei bleibt aber zu berücksichtigen, daß infolge der Geldentwertung der Zinsdienst für die ausgetriebenen Kapitalien der Versicherungsanstalten, der die Wirtschaft früher mit 60 bis 70 Millionen jährlich belastete, beinahe aufgehört hat.

Schwierig, zum Teil ernst, liegen allerdings die Verhältnisse in der Krankenversicherung. Sie hat etwa 18 Millionen Versicherte für den Krankheitsfall zu versorgen. Ihre nicht unerheblichen Rücklagen hat die Inflation zerstört. Ungewöhnlich hoch ist in diesem Jahre die Zahl der von den Ärzten als arbeitsunfähig bezeichneten Kranken. Während der Beitragsjah — der vor dem Kriege etwa 4 Prozent betragen hatte — zu Anfang des Jahres 1924 unter den Nachwirkungen der Inflationswirtschaft 8—10 Prozent der Löhne ausgemacht hatte, ist er inzwischen auf durchschnittlich 6 Prozent herabgesetzt worden. Es wird versucht werden, ihn auf 5 Prozent zu bringen. Für das Jahr 1924 muß, infolge der geschilberten Verhältnisse, aber doch mit einer Belastung durch die Krankenversicherung in Höhe von 750 Millionen Reichsmark — gegenüber 502 Millionen im Jahre 1914 — gerechnet werden.

Insgesamt stellen sich die Lasten für Unfall-, Angestellten-, Invaliden- und Krankenversicherung für das Jahr 1924 auf 1290 Millionen Reichsmark, gegenüber 1102 Millionen Mark im Jahre 1913. Die Mehrbelastung beträgt im ganzen 18 Prozent, also nicht so viel, wie die allgemeine Verteuerung. Sie muß für die Arbeitnehmer allein rund 27 1/2 Prozent aus,

Das 16. Jahrhundert, die Renaissancezeit, die Zeit des Niederganges, wühlte nicht mehr Schmuckformen und Gliederung eines Hauses so einheitlich zu verbinden; fremd und abgeklebt wirken, wagen sie auch noch so zierlich sein, die Medaillonstreifen des Maestrichthauses in der S. einsträße (1563). Mit dem 15. Jahrhundert ist eben Goths höchste Blüte, das Wachs um zweier Jahrhunderte, und mit ihr der Gipfel seiner eigenartigen Kunst erreicht. Das zeigt auch seine Pfarrkirche, die, wenn irgendwo, lebendige Geschichte der Stadt ist.

Die einfache dreifäßige Hallenkirche des 13. Jahrhunderts, die auf Säulen ruhte, genügte der aufblühenden Weberstadt nicht mehr. Als sie sich im letzten Viertel des 14. Jahrhunderts so stattlich und wehrhaft mit Toren und Mauern umgab, da ging sie auch daran, ihr Gotteshaus zu erweitern und zu verschönern. Vor das mittlere Hallenschiff türmte sie gewaltig, fünf Stockwerke hoch, einen neuen Westurm und gliederte ihn, einfach, aber wirkungsvoll, durch drei Paar spitzbogiger Blendfenster. Das 15. Jahrhundert aber brachte der ständig aufblühenden Stadt immer größeren Reichtum und verlangte immer reichere Pracht.

So ummantelte man denn die Außenpfeiler des Mittelschiffes und erhöhte mit neuer, spätgotisch-reicher Wölbung das südliche Schiff um ein beträchtliches.

An der Außenfront dieses so erhöhten Südschiffes aber verschwendete die Spätgotik den ganzen äppigen Reichtum ihrer Zierformen. Fünfmal abgetreppt wachen die Strebepfeiler in die Höhe, von zierlichen Krabben und phantastischen Wasserspeichern bekrönt. Auf breiten Sohlbänken ruhen die doppelachsig, reichen Maßwerkenfenster, durch horizontallinierte ringsum kräftig unterstrichen. Eine fein durchbrochene Steingalerie läßt das mächtige Satteldach fest und sicher aufliegen. Das reichste, feinste Schmuckkästchen aber ist mit in Fronten das Südpfortal. Man muß seine Füße, können Zierformen gesehen haben, um zu wissen, welcher Kunst der spröde nie-erhellende Sackstein fähig ist. Je länger man vor der wunderbar verschlungenen Kose dieses Portalfensters, dem durch acht Längsachsen außerordentlich fein gezielten Dreieck dieses Giebelfeldes steht, um so weniger weiß man, was man bewundern soll, das zum Zerreißen seine Spitzengewölbe des Fensters oder den genialen Aufbau der Giebelgliederung.

Es ist so still um die hohe Südfront der Kirche, die schmale Gasse, die niederen alten Häuschen liegen in tiefstem Schatten. Niemand stört un-eren Rundgang um das breit ausladende Südpfortal, das kleine Mittel- (zur Zeit der Hallenkirche das Hauptpfortal) und das südliche, vier-eckige Nordpfortal. Je mehr man die schräge Ostfront herunter wandelt, um so einfacher werden die Formen, von der äppigen Spät- bis zur schlichten Frühgotik. Dennoch bieten die sechs quergestellten Satteldächer der Nordfront, durch Fensterblendfenster im dreieckigen Giebelfeld ein-ach, aber reizend belebt, durch fensterartige Öffnungen mit schlichten, zährenförmigen Wasserspeichern wirkungsvoll getrennt, besonders von der Miers her, wo sich zu dem warmen Ziegelrot des Giebel- das harte Grün der Gartenanlagen gesellt, ein ebenso kunst-liches Bild wie der reiche Schmuck der Südfront, die so tief

im Schatten ihrer engen Gasse liegt. An der Westfront wird in dem niederen Nord- und Mittelschiff, dem mächtigen Westurm des 14. Jahrhunderts, dem alles überragenden Südschiff des 15. Jahrhunderts, noch einmal die Geschichte der Kirche und der Stadt lebendig.

Auch das Innere zeigt uns diese vom Einfachen zum Reichen, vom Schlichten zum Stolgen fortschreitende Entwicklung. Einfache Rundsäulen und ein vierköpfiges schmuckloses Chor bilden das Nordschiff; auf Vierkiesäulen und gotischen Blattkonsolen baut sich das Mittelgewölbe auf; das Südschiff endlich hat die alten Säulen zu mächtigen Pfeilern umman-elt und zeigt ein fast überreiches Gewölbe von stark vorspringenden Rippen und Hülfstrippen, die auf schlanken Pfeilern aufstehen, und das höchste, weiteste und lichteste von den drei Chören.

Das Goth des Niederganges aber hat das Erbe der Väter, die reiche Innenausstattung der Kirche, schlecht betreut. Wo ist der alte Altar der Jungf geblieben, der das Wappen der Gilde, Schneider und Tuchhäre, trug, und wo das Willkennamt jedes Jahr auf Sonntag eine Hochmesse mit Orgelbegleitung halten ließ?

Auf dem Söller liegt seine Inschrift, die für die Geschichte der Stadt, der Kirche und der Jungf bezeichnend ist:

Als Maurits Goth vermon met vechende handen,
Jag men Altaren en Beelden verbranden:
Dus hejden die Gildbroders andern v'gempel
Dit Altar herbouwt in dezen Tempel. 1631.

In dunklem Winkel trauert das Mirakelbild, das am Sonntag nach Johannes in feierlicher Prozession durch die Stadt in den Liebfrauenkamp getragen wurde. Stolz folgten dann, wie Bergreath so schön sagt, „vor der langen Reihe der Jungf geschleffen die Werkmeister und Geschworenen der Gilde im Um-schleide. Kerzen und Fackeln in der Hand, das silberne Bild des Patronen an ihren Rappen pranzend, dem Bilde der Gottesmutter“.

Nur das großartig auf seinem Pfeilerbündel bis zur Decke aufschleichende, vom Pelikan gekrönte marm polch emerte Sakramentshäuschen, der im Goldglanz des Messings schimmernde zmeireihige, zwöfsmäe, d'eraus zierliche Kronleuch er, dieses seine Werk edelster Dinanterie, dessen krönende, die Schlinge der Finjre-nis zertretende Madonna von vol-nde-em Ebenmaß und anmutigster Lieblichkeit ist, die barocke Kanzel, die auch hier auf ihrem Gehäuse die vier Evangelisten zeigt, erinnern noch an die alte Pracht.

Nun wandern wir in weitem Bogen auf dem rechten Ufer der Miers um die Stadt herum, da, wo einst die Rahmen und Bleichen ihrer Blütezeit waren, und haben noch ein letztes Mal einen vollen, wehmütigen Blick.

Möge für sie, die im Weltkrieg so manchem armen Bettelweien die erste deutsche Heimstätte ward und die nun bald wieder frei am Weltkriegenewege liegen wird, noch einmal eine Zeit heraufblühen, wie es das 14. und 15. Jahrhundert war für Goth, die Weberstadt.

also ungefähr so viel wie die Steigerung der übrigen Lebenshaltungskosten, für die Arbeitgeber 6,5 Prozent, d. h. noch nicht den vierten Teil der Steigerung, welche die Großhandelspreise gegenüber der Vorkriegszeit erfahren haben.

Die deutsche Erwerbslosenfürsorge ist als solche während des Krieges entstanden, also eine verhältnismäßig neue Einrichtung, für die Vergleiche mit der Vorkriegszeit nicht möglich sind. Vermieden wird aber auf die Belastung, welche die Sorge um die Arbeitslosen früher für die Armenpflege bedeutete. ...

Als Soziallast ergibt sich aus der Sozialversicherung und Erwerbslosenfürsorge höchstens ein Betrag von 1 1/2 Milliarden, also nur der dritte Teil der in letzter Zeit in der Öffentlichkeit behaupteten Summen.

Im einzelnen hat das Reichsarbeitsblatt dann noch die Belastung der „Lohnleute“ verschiedener Arbeitertypen durch Sozialversicherung und Erwerbslosenfürsorge herausgerechnet. Man hätte in dieser Beziehung in letzter Zeit Angaben von 16 Prozent und darüber lesen können, je nachdem auch die steuerliche Belastung — die ganz anderer Natur ist — mit eingerechnet wurde oder nicht.

Zur Umgestaltung der deutschen Sozialversicherung.

Der frühere Präsident des Reichsversicherungsamtes Dr. Kaufmann hat im Auftrage der Verwaltungsausschusskommission ein Gutachten zur Umgestaltung der deutschen Sozialversicherung vorgelegt, das vor kurzem in Buchform erschienen ist. Seine Vorschläge verdienen große Beachtung. ...

Dr. Kaufmann stellt keine „Gesamtsumme“ der Sozialversicherung ins Auge. Die Idee der Schaffung eines Reichssozialamtes sowie von Landes- und Sozialämtern für die gesamte Sozialversicherung und außerdem noch für die Kriegsverletzten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge, wie dies von manchen Seiten angeregt wurde, macht er sich nicht zu eigen.

Bei der Krankenversicherung möchte Dr. Kaufmann des Krankengeld auf 13 Wochen herabsetzen, das Wochenlohn aber von 10 auf 8 Wochen (dafür soll Stillsitzen an familiäre Beschäftigten gewährt werden). ...

Die Angehörigenversicherung soll zwar bestehen bleiben, sie soll aber der Sozialversicherung stärker angelehnt werden durch gemeinsame Überwachung der Beitragsleistung und der Beitragszahlung nach Unterbrechung der Beitragszahlung.

rungsamt für Angestellte unter die Aufsicht des Reichsversicherungsamtes.

Zuf dem Gebiet der Organisation verlangt Doktor Kaufmann, wie erwähnt, keine Vereinigung der Versicherungs-träger, sondern den weiteren Ausbau ihrer organisatorischen Annäherung. ...

Allgemeine Rundschau.

Samuel Gompers. Der bekannte Mitgeschöpfer und Führer des amerikanischen Arbeiterverbandes, Samuel Gompers, ist in San Antonio (Texas) im Alter von 74 Jahren gestorben. ...

Gegen Schundliteratur! Als Carter (sein wirklicher Name ist nicht einmal bekannt), hat in der Schundliteratur, die besonders von Jugendlichen verschlungen wurde, eine große Rolle gespielt. ...

Nicht genug damit! Wir haben hier nur einen Schundfabrikanten genannt. In Tausenden laufen sie noch herum. Und sie finden alle eine aufmerksame, immer wieder neu entfachende, Gemeinde. ...

Kommunistisches Liebeswerk.

Die Kommunisten haben mit der Zerjesung der freien Gewerkschaften schon weitgehende Erfolge erzielt. Nunmehr glauben sie, mit den christlichen Gewerkschaften in ähnlicher Weise verfahren zu können.

- 1. Laß den lieben Gott und die Jungfrau Maria aus dem Spiele und rede von der Not der christlichen Proleten und wie sie zu befechtigen ist.
- 2. Sag mir nicht Deine Zukunftsarbeit mit Parolen oder mit Theorien, sondern sprich zuerst mit dem christlichen Arbeiter von dem, was er versteht; wie er husten muß und ausgebeutet wird, wie wenig Lohn er hat, wie er hungern muß und wie elend seine Unterbringung ist.
- 3. Sprich ruhig und sachlich, politere nicht, kämpfe nicht, sondern suche zu überzeugen. Sellst Dir's nicht beim ersten Male, so vielleicht beim zweiten.
- 4. Sprich nicht von der Verräterei der christlichen Gewerkschaftsführer, bevor Du es bewiesen hast, aber beweise Hundertmal, dann wird der christliche Arbeiter überzeugt werden.
- 5. Tatsachen überzeugen, jammere die Tatsachen! Alles einschlägige Material aus der Zeitung wusch Du aufheben, gut kennen und unermüdlich auswerten. Knüpfe dann an die eigenen Erfahrungen an, die die christlichen Arbeiter mit der Politik des Zentrums und der christlichen Gewerkschaften gemacht haben.
- 6. Beobachte die Vorgänge unter den Zentrumsarbeitern im Betriebe, von der Stempelstelle; hebe ein Augenmerk auf die Vorgänge in den christlichen Gewerkschaften, aber unterrichte Dich gut, damit Du nicht getäuscht wirst; was Du sagst muß wahr sein.
- 7. Die heftige Agitation ist die, daß Du praktisch durch die Tat zeigst, daß die Kommunisten die tüchtigsten, mutigsten, klarsten Elemente der Arbeiterklasse sind, und daß sie unermüdlich und unentwegt den Kampf gegen die gesamte Arbeiterklasse führen.

Lohn- und Arbeitsstreitigkeiten.

Ein Weihnachtsgeheim des Verbandes Süddeutscher Textilarbeiter. Der Verband Süddeutscher Textilarbeiter möchte in diesem Jahre seiner Arbeiterschaft eine besondere Freude bereiten. Gerade am 24. Dezember, also am heiligen Weihnachtsabend überreicht er den Gewerkschaften als die besten Vertreter der süddeutschen Textilarbeiter die Festschrift des alten Mantelvertrages unter gleichzeitiger Festlegung eines Entwurfes für einen neuen Mantelvertrag. ...

obwohl noch Gelegenheit hierzu bis 31. Dezember gewesen wäre. Was uns aber veranlaßt, die Festschrift besonders zu registrieren ist

Der neue Mantelvertrags-Entwurf der südbayerischen Textilarbeiter.

Das Vorgehen der südbayerischen Textilarbeiter läßt die Annahme zu, daß im Jahre 1925 ein großer Vorstoß der Arbeitgeber gegen die noch vorhandenen wenigen Rechte der Arbeiterschaft erfolgen soll. 1924 war das Jahr der Vorbereitung. Man hat die Öffentlichkeit durch die Presse für die Gedanken der Arbeitgeber reif gemacht. ...

Entwurf: Alter Mantelvertrag:

Die regelmäßige reine wöchentliche Arbeitszeit beträgt 54 Stunden.	Die regelmäßige reine wöchentliche Arbeitszeit beträgt 48 Stunden.
§ 1: Die regelmäßige reine wöchentliche Arbeitszeit beträgt 54 Stunden.	
§ 6: Ueberarbeit ist zu leisten, soweit sie unumgänglich notwendig und geleglich zulässig ist. Die Anordnung von Ueberarbeit für den ganzen Betrieb oder für Betriebsabteilungen hat unter Mitwirkung des Arbeiterrates zu erfolgen.	Wie im Entwurf.
Ueberarbeit an Werktagen 15%.	25%
an Sonn- u. Feiertagen 25%.	50%
Nachtarbeit 25%.	50%
Bei Zusammentreffen von Nacht- und Feiertagsarbeit wird insgesamt 25% Zuschlag vergütet.	50%
§ 10: Der Stundenlohn beträgt bei ungeübten Arbeitern an Maschinen oder bei sonstigen Sacharbeitern in den ersten 12 Wochen 5% weniger für die Stunde als die Normallohne.	3%
§ 19: Urlaub: Eine Zahlung findet für die Urlaubstage nicht statt.	Die Vergütung beträgt bei: 3 Urlaubstagen 24 Stk. 5 " 40 " 6 " 48 "

Wir haben diesem Mantelvertragsentwurf der Unternehmer nichts hinzuzufügen. Er richtet sich selbst. Die Arbeiterschaft wird die richtigen Schemen daraus ziehen und in eine nie gekannte Werbearbeit für ihre Berufsorganisation, das ist unser christlicher Textilarbeiterverband, eintreten.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Cornelimitzler. Zu einer jährlichen Jubelfeier hatten sich am Sonntag, den 21. Dezember v. J., die Mitglieder des christlichen Textilarbeiterverbandes im Saale des Herrn Lau versammelt. ...

Versammlungs-Kalender.

- M-Gladbach-Hehn. Sonntag, den 18. Januar, nach dem Hoff am Generalversammlung bei Bösch. Alle erscheinen, da wichtige Tagesordnung.
- Orenen. Samstag, den 17. Januar, abends 8 Uhr, bei Wittinghoff Generalversammlung.

† Sterbetafel. †

- Nelken Heinrich, Bedburg, 54 Jahre. — Bode Heinrich, Hannover-Linden, 77 J. — Eisner Karl, Ostrig, 73 J. — Hechler Johann, Döhren-Wülffel, 50 J. — Jahn Franz, Lobberich, 56 J. — Kopmanns Staffel, Werden, 73 J. — Schneider Karl, Langenbielau, 56 J. — Dietrich Maria, Ostrig, 61 J. — Möller Heinrich, Neumünster, 64 J. — Köhbroich Peter, Düren, 56 J. — Rafschke Anna, Mittelalthe, 58 J. — Benisch Rosa, Zell, 48 J. — Müller Josef, Erefeld, 85 J. — Linke Heinrich, Philippsdorf, 68 J. — Nellen Wilhelm, Lobberich, 28 J. — Rottens Mathias, St. Lönis, 67 J. — Brettschneider Luise, Langenbielau, 61 J. — Bergers Bernhard, Ostrig. — Schreiber Bernhard, Gronau, 74 J. — Kensinghoff Hubert, Düren, 68 J. — Clemens Hubert, M-Gladbach, 74 J. — Eitwein Gregor, Böhlingen, 38 J.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Zur Frage der Textil-Löhne. — Die Lage der Textilindustrie. — Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1924. — Betriebsräte-Konferenz des Deutschen Textilarbeiterverbandes. — Gegen die schematische Lohnpolitik. — Die soziale Belastung der deutschen Wirtschaft. — Zur Umgestaltung der deutschen Sozialversicherung. — Feuilleton: Die Weberstadt. — Allgemeine Rundschau: Samuel Gompers. — Gegen Schundliteratur. — Kommunistisches Liebeswerk. — Lohn- und Arbeitsstreitigkeiten: Ein Weihnachtsgeheim des Verbandes Süddeutscher Textilarbeiter. — Berichte aus den Ortsgruppen: Cornelimitzler. — Versammlungs-Kalender. — Sterbetafel. Für die Schriftleitung verantwortlich: Gerhard Müller, Düsseldorf 100, Lannenstr. 33.